

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Berechnung der Redaction:  
Sonntags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Anlage 15,300.**  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,  
incl. Frangiraten 5 Rthl.,  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 36 Rthl.  
mit Postbefreiung 45 Rthl.  
Inserate 5 Ggr. Petitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Labelarbeit  
Say nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsstich  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postnachschuß.

N<sup>o</sup> 97.

Sonntag den 7. April 1878.

72. Jahrgang.

## Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch am 10. April a. c. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerhalle.

Tagesordnung:

1. Gutachten des Ausschusses zum Feuerlöschwesen über die Anschaffung zweier Dampfhydranten.
2. Gutachten des Bau- und Oekonomieauschusses über a. Veranjelung städtischen Areals an der kleinen Burgasse, an der Ränzgasse und an der Hartortstraße, sowie über einen Arealtausch mit Herrn Hermann Schramm. b. Verkauf zweier Bauplätze an der Auen- und Fregestraße, c. die Vertheilung des Gerichtsweges.
3. Gutachten des Bau-, Oekonomie- und Stiftungsausschusses über Herstellung der projectirten Straßen I. und II. im großen Johannisgarten.
4. Gutachten über die Verwendung mehrerer zur Zeit vermieteten Räume in der Alten Waage für die Expedition des Stadtverordneten-Collegiums.

## Holzpflanzen-Verkauf.

Von dem Leipziger Forstreviere Connewitz können in diesem Frühjahr durch den Revierverwalter Herrn **Herrn Schönberr in Connewitz** (Postamt Connewitz-Weißig) nachbenannte Holzpflanzen gegen Baarzahlung oder Nachnahme bezogen werden, als:

15 Hundert eingekult. Rothbuchen, 1 M. hoch	18	18
1000 " Bergahorn, 1 1/2-2 M. hoch	1,50-2	75
100 " zweijähr. Eichenlaub	4	4
100 " einjähr. Eichenlaub	3	3
10 " 6jähr. gut bewurzelte Eichen-Ausläufer-Pflanzen	4	4
8 " 4jähr. dergl. Eichen-Ausläufer-Pflanzen	40	40
80 " Fichten mit Ballen 1-1 1/2 M. hoch à Stück 60	3	3
8 " dreijähr. weihnässene Eichenpflanzen	3	3

Verpackung und Transport zur Bahn wird nur nach den Selbstkosten berechnet.  
Leipzig, am 12. Februar 1878. Des Waths Forst-Deputation.

## Für die hiesige Buchhändlerlehrlingschule

werden zum 1. Juli drei größere und ein kleineres Zimmer zu mieten gesucht. Eventuell würde es auch genügen, wenn die Localitäten nur für die Wintermonate, im Sommer von 6-8, im Winter von 7-9 Uhr, und außerhalb der Wessien zur Benutzung überlassen werden könnten. Anerbietungen werden baldigst an den Unterzeichneten erbeten.

Der Vorstand der Buchhändlerlehrlingschule.  
J. B. H. Krefelbörger.

Leipzig, 6. April.

Die Lage im Orient hat sich in den letzten Tagen erheblich geklärt, und heute macht sie sogar trotz aller Kriegslärmes ein ziemlich friedfertiges Gesicht. Zwar haben Oesterreich und England fundgegeben, daß sie den Frieden von San Stefano entweder gar nicht oder doch nicht ohne die einschneidendsten Änderungen und Ergänzungen gutheißen werden, ersteres gelegentlich des Janatich'schen Besuches in Wien, letzteres durch die Kundgebungen Salisbury's. Aber eben der Umstand, daß man dies nun in Petersburg weiß, daß man genau die Punkte kennt, an denen sich die anderen Mächte stoßen, und die Entschlossenheit, mit der sie auf der Wahrung ihrer bedrohten Interessen beharren, — eben das muß ändernd und abmildend auf die heftigporne russische Politik wirken, die in ihrer Sieges-transporten alle Jügel abzuwerfen drohte und sich schon einbildete, sie könne mit der europäischen Türkei machen, was sie wolle. Die abmildende Wirkung tritt denn auch schon sehr erfreulich hervor. Die russische Antwort auf Salisbury's Note soll, wie angekündigt wird, sehr freundlich und verständlich lauten; England soll gebeten werden, mit positiven Abänderungsvorschlägen hervorzutreten; die Stimmung in Petersburg soll eine friedliebende, die Hoffnung auf das Zustandekommen des Congresses noch immer nicht aufgegeben sein. Kurz, Rußland führt wieder einmal eine besonnene und verständige Sprache, und von London her hallt es natürlich, bei aller Festigkeit und Vorsicht, in ähnlicher Tonart zurück; auch dort hält man dafür, daß die Lage einen günstigen Umschwung genommen habe. An der Entscheidung, mit der England und Oesterreich den russischen Ansprüchen entgegenzutreten, wollen wir nicht mädeln, und vielmehr daran erfreuen im Interesse des europäischen Gleichgewichts und eines dauernden Friedens; doch will uns scheinen, als ob in dieser Entscheidung ein gut Theil deutschen Einflusses enthalten wäre. Aus dem diplomatischen Schriftwechsel, den die englische Regierung ihrem Parlament vorgelegt hat, erfahren wir nachträglich, daß Fürst Bismarck die Teilnahme an einem Congress, in welchem England fehlte, abgelehnt habe, daß er also eine Regelung der Orientfrage ohne England zurückweise. Noch viel mehr gilt das von dem und viel näher stehenden Oesterreich. Weit entfernt, auf Oesterreich drücken zu wollen, ihm wohl gar durch eine theilweise Mobilmachung zu Gunsten Rußlands zu drohen (wie ein albernes Sentationsgerücht anzudeuten schien), lassen wir vielmehr Oesterreich vollkommen freie Hand für eine kräftige diplomatische Action gegen Rußland, das in Folge dessen vorsichtig zurückweicht. Stünde hinter dem Widerstande Oesterreichs und Englands nicht in gewisser Weise der ermunternde oder doch zulassende Einfluß Deutschlands, so würden die jetzigen Wirren kaum noch irgend welche Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang bieten. Deutschland führt aber seine Rolle als „Friedensmächter“ ehrlich durch, und so können wir hoffen, daß Rußland den Weg der Verständigung mit Oesterreich und England finden werde.

In dieser Auffassung der jetzigen deutschen Orientpolitik werden wir bestärkt durch einen höchst be-

achtenswerthen Artikel, welchen die „Nord. Allg. Ztg.“ heute an ihrer Spitze bringt. Diefes sonst sehr ruffreundliche Blatt giebt Rußland zu bedenken, daß es neben den Erwägungen der Freundschaft und Nachbarschaft auch noch andere Momente gebe, durch welche, wenigstens indirect, die deutschen Interessen berührt werden. Es könne für uns nicht gleichgültig sein, ob Rußland durch seine Ansprüche zu anderen, mit Deutschland ebenfalls benachbarten und besrenzten Staaten in einen Gegensatz trete, in dessen weiterer Entwicklung die Gefahr eines europäischen Krieges liege. Denn Deutschland wünsche den Frieden nicht nur für sich selbst, sondern auch für die anderen Staaten Europas. Das Blatt fährt dann fort:

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, mußte man bei uns an den Friedensschluß von San Stefano zunächst die Voraussetzung knüpfen, daß die russischen Bevollmächtigten genau über die Grenzen klar sein würden, innerhalb deren das möglicherweise zu erreichende Maß der Zugeständnisse laie, welche nicht die wehrlose Türkei, sondern die bei der Orientregulierung unmittelbar beteiligten europäischen Mächte machen könnten; leider tragen aber die Vorgänge der letzten Wochen seit Veröffentlichung des russisch-türkischen Vertrages zu dem Eindruck nicht bei, daß die Unterhändler von San Stefano jene Erwägungen unverrückt vor Augen gehalten haben. Von Wien, wie von London aus werden bestimmte Punkte des russisch-türkischen Separatfriedens als durchaus unannehmbar bezeichnet, und man kann heute wohl schon sagen, daß Rußland die vollständige Durchführung jenes Friedens nur um den Preis eines neuen, sehr viel ausgebreiteteren und verhängnisvolleren Krieges erkaufen könnte, als der war, den es eben gegen die Türkei durchgeföhrt hat. Unwiderlich muß man dieser Sachlage gegenüber fragen, ob dieselbe durch eine sorgfältige politische Vorbereitung und durch weiseres Nachbullen im Erfolge nicht hätte vermieden werden können.

Der Artikel schließt mit den Worten:  
Der englische Minister des Auswärtigen erkennt an, daß große Veränderungen in dem bisherigen Rechtsverhältnis in den Orientländern notwendig sein würden. Graf Andrassy hat eine gleiche Anschauung seit Ausbruch der Krise nie verfehlt, und auch Rußland will nur Totalvoren und neue Garantien für die Regierungen der christlichen Völkerschaften auf der Balkanhalbinsel, nicht aber den Untergang der Türkei oder die Eroberung von Konstantinopel. Es ist also kein principeller Gegensatz, welcher die Anschauungen der drei direct beteiligten Mächte trennt, sondern nur ein bedauerlicher Mangel an rechtzeitiger Verständigung über diejenigen Wege, auf denen man gegen einander zum Ziel hätte gelangen können. Hoffen wir, daß schließlich doch das gemeinsame Bedürfnis nach Frieden unter allen Erwägungen die Oberhand behalten und daß dann auch die formelle Überbündung der jetzt im Gegensatz zu einander auf-tretenden Einzelinteressen gefunden werden wird.

Eine ruffreundliche Politik spricht aus diesen Worten nicht, wohl aber eine sehr kräftige, auf Erhaltung des Weltfriedens gerichtete Neutralitätspolitik.

Die Parole der Interessenvertretung in den gesetzgebenden Körperschaften ist in neuerer Zeit wiederholt laut geworden. Die „freiwillig-gouvernementale“, „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ besonders hat dies Thema mit einem gewissen Feuerreifer behandelt. Schwerlich zu irgend Jemandes Verwunderung. Denn zu deutlich war,

daß sie es damit auf die nächsten Wahlen abgesehen hatte, und zu diesem Zwecke ist dem genannten Blatte erfahrungsmäßig kein Mittel zu schlecht. Ueberraschen aber muß es, nunmehr auch das anerkannte Organ der freiconservativen Partei, die „Post“ — ein Blatt, welches die politische Discussion nach den Gesichtspunkten sachlicher Kritik und nicht nach denjenigen einer gewissenlosen Stimmungsmache zu führen pflegt — die Fahne der Interessenpolitik entrollen zu sehen. Und viel unverhüllt, als die „N. A. Z.“. Die letztere hat wohl einmal den Vorschlag gemacht, daß in unseren Parlamenten an die Stelle der bestehenden politischen Parteien, welche nach ihrer Anschauung überwiegend aus veralteten doctrinären Begriffen fuhren, neue Gruppen zu setzen wären, welche sich nach der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen gebildet hätten. Aber sie hat es wohlweislich unterlassen, die logische Folgerung zu ziehen und die Forderung aufzustellen, daß alsdann auch die Wahlkörperchaften, aus denen die Parlamente hervorgehen, nach denselben Grundsätzen zu bilden seien. In der „Post“ dagegen wird unter der Form einer Zuschrift aus der Provinz Hannover alles Erstes eine Umgestaltung unserer jetzigen „Repräsentationen“ in der Richtung in Aussicht genommen, daß an die Stelle der heutigen unterschiedenen, aus allen mehr als 25 Jahre alten unbescholtene Staatsbürgern zusammengesetzten Wählerkörperchaft ein „Gremium von hohe Steuern zahlenden Landwirthen, Kaufleuten und Gewerbetreibenden“ treten würde. Es bleibt im Unklaren, ob der Politiker des freiconservativen Blattes sich die definitive Umgestaltung der Repräsentativverfassung nach seinen Plänen so vorstellt, daß die verschiedenen Interessengruppen gefondert in die Volkvertretungen zu wählen hätten. Wie dem aber auch sei, der Grundgedanke der Interessenvertretung, für die Bildung der parlamentarischen Körperschaften einmal aufgefaßt, müßte mit mathematischer Sicherheit über kurz oder lang zu einem Analogon des mittelalterlichen Ständestaates führen, würde jedenfalls die Aufhebung des in der heute bestehenden Verfassung zum Ausdruck gelangten Rechtsstaates sein. Wie wollte man z. B. auf eine aus Interessengruppen zusammengesetzte Körperschaft den in unseren Verfassungen ausgesprochenen Grundsatz anwenden: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes“? Bisher hat man es als die beste Errungenschaft der modernen Staatsentwicklung betrachtet, daß die einander bekämpfenden socialen Gegenstände früherer Jahrhunderte ihren Einigungspunkt fanden in der gemeinsamen Unterordnung unter den Staatsgedanken. Das gerade ist die Eigenthümlichkeit der Gesetzgebung des Rechtsstaates, daß sie ausschließlich unter den politischen Gesichtspunct des allgemeinen Staatsinteresses gestellt und dem Kampfe der wirtschaftlichen Gegensätze, wenigstens principieil, entzückt ist. Jetzt sollen plötzlich wieder die wirtschaftlichen Einflüsse zum bestimmenden Moment erhoben und die politischen Gesichtspuncte in den Hintergrund gedrängt werden. Ganz offen wird in der „Post“ das Princip aufgestellt, daß die zur Anerkennung gelangte wirtschaftliche Lichtigkeil eines Mannes, unangesehen seines politischen Standpunct, maßgebend werden soll für seine politische

Erwählung.“ Wie will ein ausgesprochenes politisches Parteiorgan diesen Grundgedank mit seiner eigenen Existenz in Einklang bringen? Es würde auch auf den Artikel überhaupt nicht einzugehen sein, wenn nicht sein unbeanstandetes Erscheinen in der „Post“ im Zusammenhang mit der ganzen inneren Lage auf die Anbahnung eines höchst eigenthümlichen politischen Feldzuges hindeutete, gegen welchen auf der Hut zu sein das freisinnige deutsche Bürgerthum allen Grund hat.

## Königl. Baugewerkschule

(z. Z. im Gebäude der 4. Bezirksschule, Parthenstraße).  
Zu der Freitag den 12. huj. früh von 9-12 und Nachmittags 2-5 Uhr und Sonnabend den 13. früh von 9-12 Uhr stattfindenden Ausstellung der Schülerarbeiten, sowie zu der Entlassung der abgehenden Schüler Sonnabend den 13. huj. Mittags 1 Uhr beehrt sich im Namen des Lehrercolligiums ergebenst einzuladen

der Director C. Lipsius, k. Bauath.

## Geschäftslocal-Vermietung.

Im Seitengebäude des Universitätsgrundstücks „Stadt Dresden“ an der Querstraße hier ist ein Verkaufslocal nebst Schreibstube und Niederlage vom 1. October 1878 an auf drei Jahre anderweit miethbar zu vermieten.

Miethliebhaber werden ersucht, sich zu dessen Vertheigerung Dienstag, den 9. April 1878 Vormittags 11 Uhr im Universitäts-Rentamt (Baulinum), in welchem auch die Vicitationsbedingungen zur Einsicht ausliegen, einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Auswahl unter den Bicitanten und die Entschlieung in der Sache überhaupt bleibt vorbehalten.  
Leipzig, am 30. März 1878. Universitäts-Rentamt. Graf.

## Holzpflanzen-Verkauf.

Von dem städtischen Forstreviere Burgau können durch den Revierverwalter Herrn Oberförster Diege (Forsthaus Burgau, Postamt Lindenau bei Leipzig) die nachverzeichneten Holzpflanzen zu den beigegebenen Preisen gegen Baarzahlung oder Nachnahme abgegeben werden, als:

500 Stüd großblät. Ahorn	3 Meter Höhe	à Stück 1	50	à Hundert 90	4
500 " Birken	2 1/2-3	—	40	—	40
1000 " dergl.	1 1/2-2 1/2	—	30	—	35
1000 " dergl.	1 1/2-2 1/2	—	50	—	25
500 " Ebereschen	2 1/2-3	—	75	—	40
1000 " Eichen	2-2 1/2	—	35	—	70
1000 " Eichenblät. Ahorn	2-2 1/2	—	—	—	30
500 " Ahorn	1 1/2-2	—	—	—	10
2500 " Eichen	1 1/2-2	—	—	—	10
10,000 " Reihbuchen zu Orden	1 1/2-2	—	—	—	1
500 " Kärchen mit Ballen	1 1/2-2	à Stück	50	à Hundert	40
5000 " Fichten	1-1 1/2	—	50	—	40
1000 " dergl.	1 1/2-2	—	1	—	90

Leipzig, am 11. Februar 1878. Des Waths Forst-Deputation.

## Geschäftslocal-Vermietung.

Im Seitengebäude des Universitätsgrundstücks „Stadt Dresden“ an der Querstraße hier ist ein Verkaufslocal nebst Schreibstube und Niederlage vom 1. October 1878 an auf drei Jahre anderweit miethbar zu vermieten.

Miethliebhaber werden ersucht, sich zu dessen Vertheigerung Dienstag, den 9. April 1878 Vormittags 11 Uhr im Universitäts-Rentamt (Baulinum), in welchem auch die Vicitationsbedingungen zur Einsicht ausliegen, einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Auswahl unter den Bicitanten und die Entschlieung in der Sache überhaupt bleibt vorbehalten.  
Leipzig, am 30. März 1878. Universitäts-Rentamt. Graf.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 6. April.

Die Antwort des Kaisers Wilhelm auf den Brief des Papstes ist nach einem Telegramm der „Allg. Ztg.“ aus Rom am Mittwoch den 3. April von dem bayerischen Gesandten, Grafen Baumgarten, dem Staatssecretair Franchi übergeben worden.

In Reichstagskreisen ist das Gerücht verbreitet, daß die Verhandlungen mit dem Grafen Stolberg-Wernigerode wegen Uebernahme des Postens eines Vicepräsidenten des Staatsministeriums neuerdings wieder in das Stocken gerathen seien. Eine authentische Bestätigung dieses Gerüchtes liegt nicht vor und könnte es sich möglicherweise nur um Commentare über die Verzögerung der bereits als sicher signalisirten formellen Verfassung handeln.

Der neue Finanzminister Hoderich hatte neulich eine lange andauernde Unterredung mit dem Präsidenten des Reichstages, Herrn v. Fockenberg, so weit verlautet, um mit demselben ausführlich über diejenigen Vorlagen, welche das Finanz- und Steuerwesen des Reiches betreffen, zu sprechen und die Meinung des Präsidenten bezüglich der Behandlung derselben sowie über die allgemeine Lage der Finanz- und Steuerverhältnisse zu erfahren. Ueber den näheren Inhalt des Gesprächs verlautet bis jetzt Nichts. Jedenfalls ist der Versuch des Finanzministers, mit dem Parlamente eine Art von Fühlung zu gewinnen, immerhin zu registriren. In Reichstagskreisen beabsichtigt man vor der Besprechung der Steuer- vorlagen, welche die Regierung bis jetzt zurückgezogen hat, die Vorlage über die Tabaksteuer, die sich bis jetzt bekanntlich noch im Bundesrathe befindet, abzuwarten und im Hause zur Veratung gelangen zu lassen. Der Beschluß über diese Vorlage (wie so wie sie vom Bundesrathe jetzt festgelegt worden ist, schwerlich zur Annahme im Plenum gelangen dürfte) muß ja von maßgebendem Einfluß auf das Schicksal der Steuerentwürfe der Regierung sein.

Den Reichstag wird, wie erwähnt, in einer der nächsten Sitzungen die wichtige Frage der Ausdehnung des Hauptpflichtgesetzes beschäftigen. Es liegen von nationalliberaler, fortschrittlicher, liberaler und socialdemokratischer Seite Anträge vor. Am unbefriedigendsten ist der von dem ultramontanen Abg. v. Hertling gestellte Antrag gehalten; derselbe verlangt eine „Revision“ des Gesetzes in Bezug auf den Betrieb von Bergwerken und mit besonderer Gefahr verbundenen gewerblichen Anlagen. Die aus der nationalliberalen Partei hervorgegangenen Anträge betreffen eine Aus-